

Scirocco - Kurzinfo aus Italien

15.07.2026: „Enttäuschend und beschämend“ – EU-Delegation wird umfassender Zugang zu Abschiebelager in Albanien verwehrt

Am 29. Juni besuchte eine Gruppe europäischer Abgeordneter der linksgerichteten Grünen/EFA-Fraktion das italienische Abschiebelager in Gjadër, Albanien. Ziel des Besuchs war neben einer grundsätzlichen Inspektion des Zustands der Einrichtung und der Situation der dort inhaftierten Personen insbesondere die Frage, inwiefern das Zentrum gegenwärtig zu einem europäischen offshore Abschiebelager umfunktioniert wird.

Mit der im vergangenen Monat vom Europäischen Parlament verabschiedeten Rückführungsverordnung, die durch den Schulterschluss der rechten und konservativen Fraktionen eine Mehrheit fand, wurde die Errichtung von Rückführungszentren außerhalb der EU endgültig legalisiert. Ungeachtet der Tatsache, dass die Zentren in Albanien bislang in jeder Hinsicht als gescheitert gelten müssen, wurde das Offshore-Modell damit zu einem offiziellen Pfeiler der migrationspolitischen Strategie der Europäischen Union.

Die Zentren sind jedoch nicht nur grundsätzlich unvereinbar mit den vermeintlich europäischen Grundsätzen von Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde, sondern stellen zugleich ein logistisches und finanzielles Desaster dar. Menschen, die keine Straftat begangen haben, werden unter unmenschlichen Bedingungen für unbestimmte Zeit de facto inhaftiert. Während die Zentren in Albanien für bis zu 1.000 Personen ausgelegt sind, befanden sich in Gjadër seit seiner Eröffnung im Jahr 2024 zu keinem Zeitpunkt mehr als 100 Menschen. Nach Aussagen der Abgeordneten Cristina Guarda, die Teil der Delegation war und nach dem Besuch des Lagers in einer privaten Audionachricht über ihre Eindrücke berichtete, konnten zudem lediglich 10 % der bislang in Gjadër inhaftierten Personen in ihre Herkunftsländer zurückgeführt werden. Bei den übrigen 90 % war eine Rückführung aus technischen oder rechtlichen Gründen nicht möglich, wodurch ihrer Inhaftierung zugleich jede rechtliche Grundlage entzogen wird.

Die völlige Ineffizienz der Zentren erscheint umso absurder, wenn man die für ihre Errichtung und ihren Betrieb aufgewendeten Kosten betrachtet. Im Rahmen ihrer Kampagne #Renditiconto (deutsch: #MachDirDasBewusst) hob der Tavolo Asilo e Immigrazione (TAI) im vergangenen Monat hervor, dass sich allein die nachweisbaren Baukosten der Zentren laut dem Trattenuti-Bericht von ActionAid aus dem Jahr 2025 auf 74 Millionen Euro belaufen. Hinzu kommen erhebliche Personal- und Transportkosten sowie weitere laufende Ausgaben, die vollständig aus italienischen Steuergeldern finanziert werden. Während der unabhängige Zugang zu den offiziellen Zahlen derzeit nicht möglich ist, belaufen sich die Schätzungen für die bisherigen absoluten Kosten der beiden Zentren je nach Quelle auf zwischen 650 Millionen und 1 Billionen Euro. Anstelle der Förderung einer funktionierenden Integrationspolitik, welche grundlegende Menschenrechte ausländischer Personen achtet und anerkennt, setzen Italien und die EU somit auf die Finanzierung eines leeren Narrativs der symbolischen Abschottungspolitik.

Das Ausmaß der tatsächlichen Folgen, welches dieses Narrativ tagtäglich verursacht, wurde durch den Besuch der MEPs erneut unmissverständlich deutlich. Während ihres Aufenthalts erhielten die Abgeordneten lediglich stark eingeschränkten Zugang zur

Einrichtung sowie zu relevanten Informationen. Die [italienische Polizei](#), die für die Verwaltung des Zentrums zuständig ist, verweigerte zwei Personen, die zwar selbst keine Abgeordneten, aber Teil der Delegation waren, ohne nachvollziehbare Begründung vollständig den Zutritt. Den übrigen Abgeordneten wurde der Zugang zu den Zellen untersagt. Dadurch verhinderten die Sicherheitskräfte nicht nur eine umfassende Inspektion der Zustände im Lager, sondern erschwerten zugleich den direkten und unabhängigen Austausch zwischen den Abgeordneten und den inhaftierten Personen.

Trotz dieses Versuchs der italienischen Regierung, die [„Wahrheit zu verstecken“](#), wie es eine italienische MEP formulierte, lassen sich die tatsächlichen Zustände in den Zentren kaum verbergen: Vier Personen sind in kleinen Räumen eingesperrt, Aufenthaltsräume fehlen vollständig, es gibt zahlreiche Hinweise auf Selbstverletzungen, bereits sechs dokumentierte Suizidversuche sowie einen weit verbreiteten Missbrauch von Psychopharmaka. Bei diesen Beobachtungen handelt es sich jedoch keineswegs um neue Erkenntnisse. Vielmehr sind diese Zustände bereits durch frühere Inspektionen in CPRs auf italienischen Territorium sowie durch Berichte gegenwärtiger und ehemaliger Insassen umfassend dokumentiert. Auch die weitreichende Intransparenz im Umgang mit Informationen über die Abschiebelager ist nahezu als ein Charakteristikum der Italienischen Abschiebelager (CPRs) zu bezeichnen.

Die niederländische Abgeordnete Tineke Strik bezeichnete den Besuch als [„enttäuschend und beschämend“](#). Während die Europäische Kommission stets versichere, dass die Menschenrechte in den geplanten „Return Hubs“ gewährleistet würden, wurde europäischen Abgeordneten, die befugt sind, das Gelände zu betreten, vorliegend die Möglichkeit verwehrt, die Einhaltung dieser Rechte tatsächlich zu überprüfen.

Auch wenn das Zentrum in Gjadër nach Angaben der MEPs vorerst offenbar noch nicht zu einem europäischen „Return Hub“ umfunktioniert wird, gibt es kaum Anlass zu der Hoffnung, dass sich künftige europäische Zentren in ihrer praktischen Umsetzung wesentlich von den italienischen Abschiebelagern unterscheiden werden. So wurden die Zentren von Kommissionspräsidentin von der Leyen bereits zu häufig als [„blueprint“](#) für Europa bezeichnet.

Wir fordern daher das Ende einer Politik der Inhaftierung, die nicht nur in Italien, sondern in ganz Europa zunehmend zum Mantra der Migrationspolitik geworden ist. Denn abgesehen von ihrer offensichtlichen Ineffizienz verursacht sie nicht nur enorme finanzielle Belastungen für die Zivilgesellschaft, sondern vor allem unermessliches menschliches Leid.